

Streitsache: Israel/Palästina

Am 17. Mai 2019 hat der Bundestag unter der Überschrift „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegengetreten – Antisemitismus bekämpfen“ die von palästinensischen Organisationen gegründete Bewegung für Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen (BDS) gegen Israel als antisemitisch eingestuft. Der Bundestag ruft Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteur*innen auf, sich dieser Positionierung anzuschließen. Zu den angesprochenen öffentlichen Akteur*innen gehören auch die Kir-

chen. Elisabeth Raiser ist Teil einer Gruppe von Menschen, die sich in Reaktion auf diesen Bundestagsbeschluss in einem offenen Brief an die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gewandt haben. Klara Butting sprach mit Elisabeth Raiser über ihre Beweggründe. Auch Hans-Gerhard Klatt setzt sich in einem Zwischenruf „Bitte abrüsten – auf ökumenische Lernerfahrungen vertrauen!“ mit dem offenen Brief an die EKD auseinander.

Elisabeth Raiser

Eine vergiftete Stimmung

Liebe Elisabeth, Ihr warnt in einem offenen Brief an die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland vor den Folgen des Bundestagsbeschlusses. Was sind Eure Befürchtungen?

Die Diskussion über die Situation in Israel und Palästina und besonders über die Lage in den von Israel besetzten Gebieten wird durch diesen Beschluss unterbunden. Damit werden auch Gespräche über gerechte Lösungsmöglichkeiten in dem Konflikt verhindert. Jeder Organisation, die mit der BDS-Kampagne sympathisiert oder Menschen zur Diskussion darüber einlädt, werden öffentliche Räume verwehrt. Das ist eine starke Einschränkung der Meinungsfreiheit. Über die Politik der Regierung Israels darf nicht mehr kontrovers diskutiert werden.

Was erwartet Ihr von der Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland?

Ich erwarte, dass die Leitung der EKD sich diesen Bundestagsbeschluss genau anguckt und sich an einigen Punkten davon absetzt. Sie muss sich davon abgrenzen, dass jede Organisation oder Institution, die sich mit der BDS-Bewegung beschäftigt, als antisemitisch bezeichnet wird und ihr damit verboten wird, sich zu äußern. Ich habe diese Erwartung auch aufgrund der Mitgliedschaft der EKD im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Der ÖRK hat in dieser Frage eine andere Position als der Bundestag. Der ÖRK unterstützt nicht die BDS-Bewegung als Ganzes, aber er spricht sich in der Verlautbarung der

Konferenz in Amman 2007, die das Ökumenische Forum für Palästina und Israel gegründet hat, dafür aus, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit die Besatzungspolitik Israels ein Ende nimmt. Zu den empfohlenen Maßnahmen gehört auch der Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten. Der ÖRK differenziert zwischen Waren aus den Siedlungen und aus ganz Israel. Ich finde diese Differenzierung wichtig. Wir erwarten, dass die EKD sich mit der Haltung des Ökumenischen Rates der Kirche genauso auseinandersetzt wie mit dem Bundestagsbeschluss.

Ihr widersprecht in Eurem Brief der Einschätzung des Bundestages, der Boykottaufruf der BDS Bewegung wecke „unweigerlich Assoziationen mit der NS-Parole ‚Kauft nicht bei Juden!‘“ Aber das stimmt doch. Zumindest wird in Deutschland von vielen bei BDS der Aufruf aus der Zeit des Nationalsozialismus „Kauft nicht bei Juden“ und all das Grauen, das damit verbunden ist, assoziiert. Das kann man nicht vom Tisch wischen!

Nein. Das kann man nicht vom Tisch wischen, weil der Schrecken vor diesem „Kauft nicht bei Juden“ in unserer DNA sitzt. Trotzdem finde ich es unredlich, den NS-Boykottaufruf mit dem Boykottaufruf der BDS-Bewegung gleichzusetzen. In der NS-Zeit hat die nationalsozialistische Regierung zum Boykott einer Minderheit aufgerufen, die machtlos war. Die BDS-Bewegung ruft auf zu einem Boykott gegen die übermächtige israelische Besatzungsmacht. In der

Der ÖRK hat in dieser Frage eine andere Position als der Bundestag.

Auszug aus dem offenen Brief an die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die BDS-Bewegung, die der Beschluss des Bundestages als antisemitisch beurteilt, wurde 2005 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von über 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft, die zu Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel aufrufen, so lange, bis Israel internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt. Die BDS-Bewegung ist Ausdruck des gewaltlosen politischen Widerstandes gegen die andauernde Besetzung der palästinensischen Gebiete. BDS wird inzwischen international von Universitäten, Schulen, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt. Unter den Unterstützern sind auch zahlreiche Jüdinnen und Juden und jüdische Organisationen. Es gibt unter uns unterschiedliche Einschätzungen der Vorgehensweise der BDS-Bewegung. Wir gehören BDS nicht an und zählen nicht zu ihren aktiven Unterstützern. Ihre pauschale Verurteilung als antisemitisch weisen wir jedoch als ungerechtfertigt zurück.

Der Beschluss des Bundestages stützt sein Urteil vor allem auf den BDS-Aufruf zu weitgreifendem Boykott und Investitionsentzug gegen Israel. Wenn der Beschluss darüber hinaus nahelegt, der Boykottaufruf wecke „unweigerlich Assoziationen mit der NS-Parole ‚Kauft nicht bei Juden!‘, dann muss ihm entschieden widersprochen werden. Boykott-Bewegungen waren in der Geschichte oft gewaltfreie Widerstandshandlungen von unterlegenen Gruppen gegen die Vertreter der Macht, vom Kampf gegen die Sklaverei in Amerika über den Salzboykott Gandhis in Indien bis zum Boykott gegen das Apartheidregime in Südafrika. Der gewalttätige NS-Boykott gegen jüdische Geschäfte und Unternehmen war das Gegenteil von humanitär begründeten Boykottbewegungen.

Seine Erwähnung in diesem Zusammenhang dient letztlich der Dämonisierung der BDS-Bewegung, die in sich vielgestaltig ist. Der tendenziöse Eindruck wird leider verstärkt, wenn der Beschluss des Bundestages fortfährt: „Der Deutsche Bundestag verurteilt alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind, und wird ihnen entschlossen

entgegnetreten.“ Wir negieren nicht, dass es auch in einzelnen Mitgliedsorganisationen der BDS-Bewegung Personen und Gruppen geben kann, die antisemitisch agieren, aber die BDS-Bewegung als einzige Begründung für das Ziel „Antisemitismus bekämpfen“ auszugeben, wie dies der Deutsche Bundestag in seiner EntschlieÙung tut, ist schlichtweg falsch. Warum der Beschluss des Bundestages ganz darauf verzichtet, die Grenze zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus darzulegen, bleibt völlig unverständlich.

Die israelische Regierung führt seit 2011 eine gezielte politische Kampagne gegen die BDS-Bewegung, die 2015 von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu als „existentielle Bedrohung für Israel“ bezeichnet wurde. Die Kampagne wird vom Ministerium für strategische Angelegenheiten koordiniert. Sie bedient sich der diplomatischen Vertretungen Israels sowie jüdischer Gemeinden und Organisationen insbesondere in den USA, GroÙbritannien und Deutschland, um gegen die BDS-Bewegung vorzugehen. Im Zuge der Kampagne werden in Deutschland zunehmend Menschen als Antisemiten denunziert, die sich kritisch mit Israels Besatzungspolitik beschäftigen. Es gibt Aufrufe, Drohbriefe gegen Veranstaltungen in städtischen Räumen, an Universitäten, in Kirchengemeinden, wenn dort Vorträge und Diskussionen zum Konflikt Israel-Palästina annonciert werden.

Wer sich für eine gerechte Lösung des Konflikts einsetzt, muss in Deutschland damit rechnen, von jüdischen Gemeinden, von deutsch-israelischen Gesellschaften, vom Zentralrat der Juden in Deutschland wie auch vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung in eine Israel-feindliche Ecke gestellt zu werden. Dies gilt inzwischen sogar für Jüdinnen und Juden, die sich für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina einsetzen. Die Meinungsfreiheit in Deutschland wird damit erheblich beschädigt und bedroht.

Unterzeichnet von:

Almuth Berger, Volkmar Deile, Heino Falcke, Jochen Garstecki, Heiko Lietz, Hans Misselwitz, Ruth Misselwitz, Elisabeth Raiser, Konrad Raiser, Gerhard Rein, Gudrun Rein, Andreas Zumach.

jüngsten Geschichte gibt es andere Beispiele vergleichbarer Boykottaufrufe, mit denen eine Minderheit für Befreiung und eine gerechte Lösung kämpft. Südafrika ist das bekannteste Beispiel. Aber auch Gandhi hat in Indien zu einem Salzboykott gegenüber den Engländern aufgerufen. Es ist unredlich, den Boykottaufruf der Nazis mit dem Boykottaufruf der im Grunde machtlosen Palästinenser*innen gleichzusetzen. Durch die Kampagne, die von der israelischen Regierung gegen die BDS-Bewegung geführt wird, wird es noch komplizierter. Die israelische Regierung setzt ihre Macht und Möglichkeiten ein, um jede Kritik an ihrer Politik als antisemitisch zu brandmarken.

Das mag stimmen. Ihr verweist darauf auch in Eurem Brief. Aber ich finde es nicht hilfreich, diejenigen, die bei der BDS-Kampagne die alte Parole ‚Kauft nicht bei Juden‘ assoziieren, als Agenten der israelischen Regierung zu diffamieren.

Da hast Du recht! Auch unter uns war eine, die sagte: Bei mir weckt die BDS-Kampagne sofort diese Assoziation: Kauft nicht bei Juden. Wir waren uns einig, dass der Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland völlig indiskutabel ist. Deutsche können nicht jüdische Geschäfte boykottieren! Der Aufruf der BDS-Bewegung ist ein Schrei der Verzweiflung von palästinensischen Menschen, weil sie keine anderen gewaltfreien Mittel zur Verfügung haben, um Druck auszuüben. Sie bitten uns, dass wir sie in diesem Anliegen unterstützen. Das hebt die Grenzen der Solidaritätsmöglichkeiten in Deutschland nicht auf. Trotzdem entbindet uns unsere Geschichte nicht von der Aufgabe, nachzudenken und zu differenzieren. Ein Diskussionsverbot schafft eine vergiftete Stimmung.

Ihr sagt in Eurem Brief selbst, dass es in einzelnen Mitgliedsorganisationen der BDS-Bewegung Personen und Gruppen geben kann, die antisemitisch agieren. Welche Konsequenzen zieht Ihr daraus?

Der BDS-Bewegung haben sich sehr unterschiedliche Gruppierungen angeschlossen. Es gibt keine verantwortliche Gesamtorganisation, die antisemitische Äußerungen und Haltungen verbieten kann. Das finde ich bedauerlich. Eine andere Organisationsform wäre zweifellos besser. Insofern müssen wir auch zugeben, dass es Gruppen mit antisemitischen Haltungen gibt. Wo diese sich äußern, muss man ihnen entgegenreten und sie verurteilen. Aber man kann nicht die ganze Bewegung und alle die,

die keine antisemitischen Motive haben, sondern nur gegen die Politik der Regierung in Israel protestieren wollen, dafür verantwortlich machen. Wir sind selbst keine Unterstützer der BDS-Bewegung. Doch wir sind davon überzeugt, dass man ihnen die Möglichkeit geben muss, ihre Motive zu äußern.

Ihr weist auf antisemitische Äußerungen in der BDS-Bewegung hin, ohne eine kritische Selbstbefragung in den deutschen Unterstützerkreisen von BDS anzumahnen.

Das stimmt. In unserem Brief wird nicht die selbstkritische Auseinandersetzung der Unterstützerkreise der BDS-Bewegung angemahnt. Ich gebe dir recht. Auch das gehört dazu, um über gerechte Lösungen in dem Israel/Palästina-Konflikt zu einer sachlichen Auseinandersetzung zu kommen.

Du kennst sicher auch die wachsende Verunsicherung, die die BDS-Bewegung in den deutschen jüdischen Gemeinden auslöst. Wie geht Ihr damit um?

Antisemitische Äußerungen sind indiskutabel! Wir begrüßen in unserem Brief ausdrücklich, dass sich die Kirchen in den letzten Jahren mit dem Problem der Judenfeindschaft und des Antisemitismus befasst haben. Zum Beispiel mit der Informationsbroschüre 2017 „Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können“. Weil Lehre und Praxis der Kirche durch die Jahrhunderte von Judenfeindschaft geprägt waren und so zu Hass und Vorurteilen gegenüber Juden und Jüdinnen beigetragen haben, tragen Christ*innen eine besondere Verantwortung für die Überwindung des Antisemitismus. Aber diese Verantwortung befreit einen nicht davon, sich mit der Situation der Palästinenser*innen zu beschäftigen.

Du warst von April 2010 bis April 2015 die Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF). Spielt dieser Hintergrund für Dich eine Rolle?

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat sich der Überwindung des Antisemitismus verpflichtet und konzentriert sich auf Israel. Wir haben keine Freiwilligen in den palästinensischen Gebieten, sondern die Freiwilligen von ASF arbeiten nur in Israel. Es hat Diskussionen innerhalb von ASF gegeben, ob die Freiwilligen in das Westjordanland reisen können und sollen. Das wurde früher häufiger gemacht. Manchmal gibt es auch heute noch geführte Reisen zum Beispiel nach Ramallah. Aber dabei ist große Vorsicht geboten, weil es in den siebziger Jahren einen Terroranschlag auf einen solchen Bus gege-

Es ist unredlich, den Boykottaufruf der Nazis mit dem Boykottaufruf der im Grunde machtlosen Palästinenser*innen gleichzusetzen.

Wir sind selbst keine Unterstützer der BDS-Bewegung. Doch wir sind davon überzeugt, dass man ihnen die Möglichkeit geben muss, ihre Motive zu äußern.

ben hat und zwei Freiwillige durch einen palästinensischen Terroranschlag ums Leben gekommen sind. Das sitzt natürlich allen bei ASF in den Knochen. Viele Freiwillige sehen erst später, wenn sie wieder nach Israel reisen und an die Vorschriften von ASF nicht mehr gebunden sind, die Situation im Westjordanland und lernen die Folgen der Besatzungspolitik kennen. Auch mir ist das so gegangen. Ich musste erst mal ins Westjordanland reisen, um wirklich wahrzunehmen, was die Siedlungspolitik und die Besatzung bedeuten. Ich betone, es geht nicht um ein Für Israel oder Gegen Israel! Meine kritischen Fragen richten sich gegen die israelische Regierungspolitik, gegen die Siedlungspolitik, und nicht gegen Israel. Auch in dem BDS-Aufruf von 2005 steht nichts davon, dass das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird. Zwar hat Benjamin Netanyahu die BDS-Bewegung als eine existenzielle Bedrohung für Israel bezeichnet. Aber in dem Aufruf geht es um die Aufhebung der Siedlungen, um den Abriss der Mauer und die Gleichberechtigung der Palästinenser*innen, die in Israel leben. Diese Forderungen kann man sicher unterschiedlich beurteilen, aber sie sind nicht antisemitisch.

Wie kann die hoffnungslose Polarisierung in der deutschen Diskussion über den Israel/Palästina-Konflikt überwunden werden?

Ja, wenn ich da ein Mittel hätte! Wir müssen zu einer sachlichen Auseinandersetzung kommen. Aber wir sind in unserer Diskussionskultur offenbar nicht weit genug. Das bedaure ich sehr. Wenn ich äußere, dass man die BDS-Forderungen wenigstens diskutieren und das Existenzrecht eines palästinensischen Staates, wie das überhaupt aussehen kann, besprechen muss, werden mir häufig die Raketen der Hamas und die Terroranschläge der Palästinenser*innen entgegengehalten. Die palästinensische Gesamtbevölkerung wird in Haftung genommen für die gewalttätige Handlung Einzelner. Das macht eine sachliche Diskussion fast unmöglich. Wir sollten mit den gegenseitigen generellen Anschuldigungen aufhören. Daraus erwächst auch meine Hauptkritik an dem Bundestagsbeschluss, der allen Leuten, die sich mit der BDS-Bewegung befassen, einen generellen Antisemitismusvorwurf macht. Das geht nicht! Das ist eine Diffamierung von Menschen, die sich um sachliche politische Lösungen bemühen.

Hans-Gerhard Klatt

Bitte abrüsten – auf ökumenische Lernerfahrungen vertrauen!

Ein Zwischenruf zur Diskurslage in Sachen Israel/Palästina in Deutschland

Was bewegt eine hochkarätig besetzte ökumenische Berliner Runde um die Ehepaare Misselwitz, Raiser und Rein, einen überraschend konsensualen Beschluss des Bundestags zum Antisemitismus der Dämonisierung einer Gerechtigkeitsbewegung und der Diskursverhinderung in Deutschland zu zeihen? Und einen offenen Brief an die „Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland“ zu schreiben in der Sorge, dieser Beschluss könnte dazu führen, „ein für die ökumenische Zusammenarbeit wichtiges kirchliches Arbeitsfeld völlig zu lähmen“? Es liegt am besonderen Fokus des Bundestagsbeschlusses vom 17. Mai 2019, der im ersten Teil heißt „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten“.

Nachvollziehbar und berechtigt ist für mich die Kritik von Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung am Beschluss des Bundestages, dass er durch seine Rezeption in Israel die Stiftungsarbeit in Israel und Pa-

lästina auf sehr ungute Weise erschwere, da er die zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen der politischen Stiftungen in Palästina, die mehrheitlich den BDS-Aufruf 2005 unterzeichnet hätten, unter den Pauschalverdacht des Antisemitismus stelle.

Doch bezogen auf die Diskurslage in Deutschland geht mir nicht der Bundestagsbeschluss, sondern die eindeutige Kritik daran in der deutschen Ökumene-Szene zu weit. Unstrittig ist, dass der Bundestag gut daran tut, sich in der aktuellen Problemlage eines wachsenden Antisemitismus in Deutschland klar zu positionieren. Der Streit entzündet sich an der Frage, ob das Plädoyer für einen Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel in das Problemfeld des gesteigerten Antisemitismus gehört oder nicht. Subjektiv fühlen sich viele, die selbst für BDS plädieren oder Sympathien dafür empfinden, zu Unrecht vom Antisemitismus-Vorwurf getroffen, und auch das ist nachvollzieh-

bar. Und doch gibt es viele Gründe, die zumindest in Deutschland das Plädoyer für BDS zu einem No-go machen. Sie zu achten müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit aus allen ökumenischen Lernerfahrungen der letzten 40 Jahre sein.

1. Man kann das Argument drehen und wenden, wie man will: Man kommt nicht aus dem Assoziationsfeld der NS-Parole „Kauft nicht bei Juden“ in Deutschland heraus, wenn sich die Worte „Boycott“ und „Juden/jüdischer Staat/Israel“ verbinden, egal wie oft man für sich den Erfolg von „Kauft keine Früchte der Apartheid“ oder von Gandhis gewaltfreiem Widerstandshandeln in Anspruch nimmt. Wer durch sein politisches Handeln oder Reden neue Existenzängste bei Nachfahren von Shoah-Überlebenden auslöst, kann nicht glaubhaft davon reden, Antisemitismus-Gefahren hinreichend ernst zu nehmen.

2. Eine wichtige ökumenische Lernerfahrung war, dass ethische Maximen kontextualisiert gehören. Was in einer Konstellation wahr ist, muss nicht genauso wahr in einer anderen Konstellation sein. Deshalb hilft der Verweis auf eine Beschlusslage im ÖRK wenig für die Entscheidung, welchen Grad von Sensibilität die ökumenische Bewegung in Deutschland in der Israel-Frage an den Tag legen muss. Aus der besonderen historischen Verantwortung heraus ist in Deutschland der Gradmesser, ob es ein angstfreies jüdisches Leben im je gegenwärtigen Deutschland gibt. Alles, was dem entgegensteht, steht auf sehr schwachen Füßen für den Versuch einer Rechtfertigung.

3. „An Konflikten lernen“ war die Maxime für manchen ökumenischen Aufbruch nach Ernst Langes „Sprachschule für die Freiheit“ in den sechziger Jahren. Dazu gehört als erstes die Anerkennung des Konflikts. So stimmt es ja nicht, dass erst durch den Beschluss des Bundestages ein für die ökumenische Zusammenarbeit wichtiges kirchliches Arbeitsfeld gelähmt werden könnte, wie es im offenen Brief heißt. Das Feld liegt bereits seit längerer Zeit bei einem höchsten Grad von Emotionalisierung in sich völlig verwirrt darnieder. Einstige ökumenische Weggenoss*innen und Freund*innen haben sich über Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Ausstellungen und Raumentzüge heillos bis zur völligen Kommunikationslosigkeit zerstritten. Natürlich gibt es eine politische Kampagne der israelischen Regierung, möglichst alles, was ihr als Kritik entgegenkommt, unter Antisemitismusverdacht zu stellen, und sie richtet verheerende Wirkungen an. Und doch taugt der Verweis auf sie wenig dazu, die die Ökumene-Szene in Deutschland zerreißen Konfliktlage zu erklären, geschweige denn zu lösen. Im Gegenteil: Der Verweis

nimmt die Motivlage der Konfliktpartner*in nicht ernst, sondern macht ihn oder sie in absurder Weise zur Agent*in der israelischen Regierung. So verstehe ich nicht, warum die BDS-nahe Szene in kirchlichen Kreisen in Deutschland nicht den Gegenwind, den sie erfährt, zum Anlass eines selbstkritischen Innehaltens nimmt, darüber nachzudenken, ob es für das eigene Anliegen einer Palästina-Solidarität nicht einen besseren Weg gibt, als die BDS-Strategie mitzutragen oder zu verharmlosen, jede Form von kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit israelischen Künstler*innen und Wissenschaftler*innen zu unterbinden.

Es ist doch unstrittig, dass der Israel-Palästina-Konflikt ein hochgradig komplizierter Konflikt ist, dem zwei kontroverse und in sich jeweils berechnete Narrative zugrunde liegen. Diesem besonderen Konflikt wird nicht gerecht, wer Übertragungen und Analogieschlüsse aus anderen, im Vergleich „einfacheren“ Konflikten vornimmt. Es muss nach Lösungswegen gesucht werden, die beide Narrative in sich aufzunehmen in der Lage sind.

4. Wer sich als Ökumeniker*in aus Gründen des Engagements für Menschenrechte und Gerechtigkeit zum Protest gegen die Bundestagsentscheidung veranlasst sieht, muss sich fragen lassen, warum er oder sie so viel Verve zu diesem Zeitpunkt im Sommer 2019 in den Palästina-Konflikt legt und nicht vorrangig oder in gleicher Weise das in Sri Lanka nach den Osteranschlägen angerichtete gesellschaftliche Totalchaos mit seiner islamophoben Hetzstimmung zum Anlass der Sorge nimmt. Die EKD hat ihre Haltung in Sachen Israel-Palästina völlig klar dargelegt, nachzulesen im Junge.Kirche Heft 1/2019 im Interview mit Martin Hauger, dem Referenten für Glaube und Dialog im Kirchenamt. Sachlich kann der offene Brief der Berliner Runde nur zu einer Wiederholung der dortigen Aussagen führen, und die Berliner Runde ist nah genug an der EKD dran, um dies zu wissen. Warum dann die Aufregung, die aus dem offenen Brief spricht? Er dient aus meiner Sicht leider nur der weiteren Emotionalisierung und der Verschärfung der Gegensätze in der deutschen Ökumene-Szene, statt zur Lösung beizutragen. Schade.

5. Voranbringen würde die zweifellos nötige Diskussion über die Politik des Staates Israel, würde man sich vorweg gemeinsam den Film „Tel Aviv on fire“, die aktuell in den Kinos laufende Komödie des Regisseurs Sameh Zoabi, anschauen. Ich wette, dass sie ungeahnte Möglichkeiten des Miteinander-Sprechens über manchen politischen Bekenntniszwang hinweg ermöglichen würde.